

201.14

10.02.2023 / 5889

# Jahresbericht 2022

## der Zentralen Fachstelle für Wohnungsnotfälle der Stadt Wuppertal

### Inhalt

Vorbemerkung .....	2
<b>Bereich ‚Präventive Wohnhilfen‘ .....</b>	<b>3</b>
Fallzahlen.....	3
Verfahrensstand.....	3
Bekanntwerden der Fälle .....	4
Haushaltsstruktur.....	4
Einkommensstruktur.....	5
Ergebnis der Fallbearbeitung .....	5
Problemlagen .....	6
Schwerpunkte der Stadtteile und Bezirke.....	6
<b>Bereich ‚Unterbringung von Obdachlosen‘ .....</b>	<b>8</b>
Gesamtzahl untergebrachter obdachloser Personen .....	8
Alter.....	8
Problemlagen .....	8
Vorangegangene Lebenssituation.....	9
Staatsangehörigkeit.....	10

## Vorbemerkung

Die Zentrale Fachstelle für Wohnungsnotfälle hat das Ziel neue Fälle von Wohnungslosigkeit zu vermeiden und bestehende Wohnungslosigkeit abzubauen. Zu diesem Zweck werden Hilfen, die der dauerhaften Stabilisierung der Wohnverhältnisse dienen, zusammenführt und Schulden zur Wohnraumsicherung bzw. Kosten zur Wohnraumbeschaffung übernommen. Ein drohender Wohnungsverlust liegt beispielsweise vor:

- nicht gezahlte Mieten
- Mahnung oder fristlose Kündigung durch den Vermieter
- Räumungsklage wurde durch den Vermieter eingereicht
- Gerichtsvollzieher hat den Räumungstermin festgesetzt

Bei folgenden Fragestellungen hilft die Zentrale Fachstelle für Wohnungsnotfälle weiter:

- bei der Klärung der Ursachen, die zum drohenden Wohnungsverlust geführt haben
- mit Informationen über alle rechtlichen und tatsächlichen Hilfsmöglichkeiten zum Erhalt Ihrer Wohnung und zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit
- bei Verhandlungen mit dem Vermieter mit dem Ziel, das bestehende Mietverhältnis fortzusetzen
- bei der Ordnung Ihrer finanziellen Verhältnisse und der Regulierung Ihrer Schulden
- bei der Sicherstellung künftiger Mietzahlungen
- bei der Begleichung Ihrer Mietschulden durch Gewährung wirtschaftlicher Hilfen zur Wohnraumsicherung nach den Bestimmungen des SGB XII und SGB II

Auch die Vermeidung und Beseitigung von Obdachlosigkeit gehört zum Aufgabenbereich der Fachstelle:

- Unterbringung von Obdachlosen in städtischen Obdachlosenunterkünften
- Beratung über eine geeignete Wohn- und Betreuungsformen
- Hilfen zur Anmietung von Wohnraum

Im folgenden Jahresbericht ist zu beachten, dass es sich bei allen prozentualen Angaben um automatisch gerundete Werte handelt. Folgende Daten wurden im Bereich ‚Präventive Wohnhilfen‘ erhoben, jedoch aufgrund ihrer marginalen Bedeutung nicht ausgewertet: Staatsangehörigkeit, Alter des Haushaltsvorstandes und Haushaltsgröße.

Folgende Daten wurden im Bereich ‚Unterbringung von Obdachlosen‘ grundsätzlich erhoben, können jedoch aufgrund der Erhebungsform nicht automatisch ausgewertet werden: Dauer der jeweiligen Unterbringung.

Folgende Daten können im Bereich ‚Unterbringung von Obdachlosen‘ künftig bei Relevanz erhoben werden: Einkommensstruktur.

## Bereich ‚Präventive Wohnhilfen‘

### Fallzahlen

Insgesamt sind 1108 Wohnungsnotfälle im Jahr 2022 bekannt geworden. 44% sind bereits zuvor bekannt gewesen und werden als Wiederholungsfall gekennzeichnet. In 26% der bekannt gewordenen Fälle bestand Kontakt zur Zentralen Fachstelle für Wohnungsnotfälle. In 91% davon wurde eine Mietschuldenübernahme beantragt.

Fallzahlen	Gesamt (Zahl)	Gesamt (Prozent)
<b>bearbeitete Fälle (insg.)</b>	1108	100%
<b>Wiederholungsfälle</b>	487	44%
<b>Kontakt zu 201.14</b>	286	26%
<b>davon Übernahme beantragt</b>	259	91%

### Verfahrensstand

Das Verhältnis von Kündigungen zu Räumungen ist nicht repräsentativ, da lediglich Räumungsklagen und Räumungen der Zentralen Fachstelle für Wohnungsnotfälle angezeigt werden. Die Mitteilung über Kündigungen vonseiten der Vermietenden zwecks Unterstützung und Wohnungserhalt ist freiwillig und wird nur selten in Gebrauch genommen.

Auffällig ist das Verhältnis von laufenden Räumungsklagen zu terminierten Räumungen. Es lässt sich ableiten, dass die überwiegenden Räumungsklagen aus verschiedenen Gründen direkt zur Räumung führen.

Verfahrensstand	Gesamt (Zahl)	Gesamt (Prozent)
<b>Mahnung</b>	90	8%
<b>Kündigung</b>	318	29%
<b>Räumungsklage laufend</b>	347	31%
<b>Räumungsklage abgeschlossen</b>	15	1%
<b>Räumung terminiert</b>	281	25%
<b>wohnungslos</b>	0	0%
<b>Sonstiges</b>	4	0,4%
<b>Unbekannt</b>	49	4%

Der zeitliche Aspekt der Fallbearbeitung spielt beim Betrachten des Verfahrensstands eine Rolle. Da in 25% aller bekannten Fälle die Räumung der Wohnung bereits terminiert ist, bleiben weniger als vier Wochen für die Kontaktaufnahme zu Klient:innen, abschließende Beurteilung des Falls und eventuelle Hilfen.

### Bekanntwerden der Fälle

Vermietende haben die Möglichkeit, Probleme oder Kündigungen des Mietverhältnisses mitzuteilen. Ebenso teilt das Jobcenter bekannte Wohnungsnotfälle und übergibt zuständigkeitshalber dort gestellte Anträge auf Mietschuldenübernahme. Ferner teilt das Amtsgericht Wuppertal der Zentralen Fachstelle für Wohnungsnotfälle als zuständigen Sozialleistungsträger alle Räumungsklagen, die ausschließlich oder unter anderem auf Mietrückständen basieren, mit. Die Gerichtsvollzieher setzen darüber hinaus über terminierte Räumungen im Stadtgebiet in Kenntnis.

Meldende Stelle / Person	Gesamt (Zahl)	Gesamt (Prozent)
Vermietende	111	10%
Formblatt AG/GVZ	617	56%
Jobcenter	190	17%
andere Stellen	36	3%
Eigenständige Kontaktaufnahme	153	14%

Die geringe eigenständige Kontaktaufnahme der Klient:innen zur Zentralen Fachstelle für Wohnungsnotfälle resultiert unter Umständen aus der vorherigen Bekanntgabe des Wohnungsnotfalls durch andere Stellen, wie beispielsweise das Amtsgericht.

### Haushaltsstruktur

Überrepräsentiert innerhalb der Wohnungsnotfälle sind alleinstehende Männer, die 40% aller Fälle ausmachen – alleinstehende Frauen hingegen nur 15%. Insgesamt sind zudem in 34% der Fälle Personen mit Kindern betroffen, was ebenso wie bei alleinstehenden Männern einen Umzug in Verbindung mit bestimmten Einkommensstrukturen erschwert.

Haushaltsstruktur	Gesamt (Zahl)	Gesamt (Prozent)
Alleinstehend W	165	15%
Alleinstehend M	443	40%
Alleinerziehend W	175	16%
Alleinerziehend M	24	2%
Paar	70	6%
Paar mit Kindern	182	16%
Sonstige Mehrpersonenhaushalte	46	4%

### Einkommensstruktur

In 68% der Fälle erhalten die Klient:innen Leistungen aus dem Bereich des SGB II, sei es ausschließlich oder aufstockend zu anderen Einkommensarten.

Positiv hervorzuheben ist, dass im Jahr 2022 kein einziger Wohnungsnotfall bekannt wurde, der ausschließlich im Leistungsbezug nach dem SGB XII steht.

Einkommensstruktur	Gesamt (Zahl)	Gesamt (Prozent)
Leistungsbezug SGB II	161	56%
Aufstockend SGB II	34	12%
Ausreichendes Arbeitseinkommen	18	6%
Leistungsbezug SGB XII	0	0%
Aufstockend SGB XII	7	2%
Ausreichende (EU-)Rente	0	0%
Mischfälle	29	10%
Ausschließlich andere Einkommensarten	14	5%
Kein Einkommen	12	4%

### Ergebnis der Fallbearbeitung

In 13% der bearbeiteten Fälle wurde die Wohnung durch eine Mietschuldenübernahme gesichert und weitere 26% der Klient:innen konnten ihre Wohnung durch die angebotene Beratung selbst sichern. In beinahe ebenso vielen Fällen war ein Wohnungserhalt nicht mehr möglich, z.B. wegen zu hoher Unterkunfts-kosten, Mängeln an der Bausubstanz oder auch Ablehnung der Mieter:innen durch die Vermietenden, sodass ein Wohnungswechsel thematisiert werden musste.

Ergebnis der Fallbearbeitung	Gesamt (Zahl)	Gesamt (Prozent)
Wohnungserhalt durch Beratung	76	26%
Wohnungserhalt durch Übernahme	38	13%
Wohnungswechsel vonnöten	70	24%
Wohnungslos	13	5%
Kein weiterer Kontakt	179	62%

Relevant für die künftige Planung von Angeboten und Schwerpunktsetzungen ist der Kontaktabbruch vonseiten der Klient:innen. 62% der Fälle konnte aufgrund eines Kontaktabbruchs seitens der Klient:innen nicht weiter bearbeitet werden.

## Problemlagen

Die vorrangigen Problemlagen der Klient:innen können, sofern bekannt, beziffert werden.

Problemlage (vorrangig)	Gesamt (Zahl)	Gesamt (Prozent)
Psychische Erkrankung	29	10%
Suchterkrankung	12	4%
Besondere soziale Schwierigkeiten	31	11%
Physische Erkrankung	3	1%
Arbeitsverlust	9	3%
Sprachbarriere	45	16%
Fehlende Ressourcen im Umgang mit Behörden	46	16%
Überschuldung	44	15%
Prekäre Wohnverhältnisse	0	0%

Vorrangig stellen sich Problemlagen im Bereich der Sprache, fehlender Ressourcen im Umgang mit Behörden und einer Überschuldung des Haushalts dar. Ein direkter Arbeitsverlust ist weniger ein Auslöser für einen Wohnungsverlust, als gemeinhin angenommen.

## Schwerpunkte der Stadtteile und Bezirke

Betrachtet man die Verteilung der Fälle auf die einzelnen Stadtteile, sind Barmen (39%) und Elberfeld (36%) nahezu gleich vertreten.

Stadtteil	Gesamt (Zahl)	Gesamt (Prozent)
Barmen	435	39%
Beyenburg	0	0%
Cronenberg	32	3%
Elberfeld	396	36%
Langerfeld	60	5%
Ronsdorf	1	0,1%
Vohwinkel	89	8%

Es lohnt sich daher die Betrachtung der einzelnen Bezirke, auch was die Bedarfe für quartiersbezogene Arbeit betrifft. Hier ist der Bezirk Wichlinghausen / Oberbarmen (11% der Fälle) stark im Fokus, gefolgt von der Nordstadt (8% der Fälle) und Rott / Schönebeck / Hohenstein (8% der Fälle).

Bezirk (PLZ)	Gesamt (Zahl)	Gesamt (Prozent)
Elberfeld-Mitte (42103)	28	3%
Nordstadt (42105)	87	8%
Ostersbaum (42107)	65	6%
Uellendahl-West (42109)	48	4%
Dönberg, Siebeneick (42111)	13	1%
Katernberg (42113)	9	1%
Nützenberg, Brill (42115)	31	3%
Zoo, Friedrichsberg (42117)	50	5%
Elberfeld-Süd, Griffenberg (42119)	65	6%
Barmen-Mitte, Sedansberg (42275)	3	0,3%
Wichlinghausen, Oberbarmen (42277)	122	11%
Nächstebreck (42279)	38	3%
Sedansberg, Hatzfeld (42281)	59	5%
Rott, Schönebeck, Hohenstein (42283)	92	8%
Unterbarmen (42285)	36	3%
Lichtenplatz, Laaken (42287)	26	2%
Heckinghausen, Heidt (42289)	59	5%
Vohwinkel-Nord, Tesche, Lüntenbeck (42327)	29	3%
Vohwinkel-Süd, Buchenhofen (42329)	60	5%
Cronenberg-Mitte, Küllenhahn, Sudberg (42349)	32	3%
Ronsdorf, Rehsiepen, Blombach (42369)	40	4%
Langerfeld, Ehrenberg (42389)	33	3%
Beyenburg, Marscheid, Herbringhausen (42399)	0	0%
Müngsten, Morsbachtal (42857)	0	0%

## Bereich ‚Unterbringung von Obdachlosen‘

### Gesamtzahl untergebrachter obdachloser Personen

Insgesamt wurden im Jahr 2022 durch die Zentrale Fachstelle für Wohnungsnotfälle 222 Klient:innen untergebracht.

In der Unterkunft Hermannstraße 23a-f wurden insgesamt 118 Personen untergebracht, davon 27 Personen in Familienverbänden.

In der Übernachtungsstelle Friedrich-Ebert-Straße 180 haben insgesamt 163 verschiedene alleinstehende Männer geschlafen.

14 Personen wurden in sonstigen Unterkünften, wie durch R. 204.12 zur Verfügung gestellten Wohnungen oder Beherbergungsbetrieben, untergebracht.

(Anmerkung: Zum Teil hat der Ort der Unterbringung innerhalb des Jahres gewechselt, daher lassen sich die Zahlen der Unterkünfte nicht zwecks Erhebung der insgesamt untergebrachten Personen addieren.)

### Alter

Durchschnittlich sind die untergebrachten Klient:innen 42 Jahre alt. Die klassische Bevölkerungspyramide ist hier im Vergleich zur Datenerhebung des Bundes 2022 leicht in Richtung der 35-55jährigen verschoben, was auf die verminderte Lebenserwartung von Menschen in prekären Bedingungen zurückgeführt werden kann.

Dennoch ist bei der weiteren Planung zu beachten, dass 19% der untergebrachten Personen über 65 Jahre alt sind und ein altersbedingter Versorgungsbedarf zu erwarten ist.

Alter	Gesamt (Zahl)	Gesamt (Prozent)
<18	20	9%
18-25	9	4%
25-35	36	16%
35-45	55	25%
45-55	58	26%
55-65	33	15%
>65	43	19%

### Problemlagen

Aufgeführt sind die vorrangigen Problemlagen, die zur Obdachlosigkeit und damit verbundenen Unterbringung geführt haben. Hier sticht der Bereich Suchterkrankung hervor, gefolgt von psychischen Erkrankungen, besonderen sozialen Schwierigkeiten, Sprachbarrieren und unbekanntem Problemlagen, die in Gesprächen mit den Klient:innen nicht zu ermitteln waren.



Problemlage (vorrangig)	Gesamt (Zahl)	Gesamt (Prozent)
Psychische Erkrankung	31	14%
Suchterkrankung	39	18%
Besondere soziale Schwierigkeiten	25	11%
Physische Erkrankung	13	6%
Arbeitsverlust	0	0%
Sprachbarriere	27	12%
Fehlende Ressourcen im Umgang mit Behörden	6	3%
Überschuldung	1	0,5%
Prekäre Wohnverhältnisse	0	0%
Unbekannt	36	16%

Weitere Problemlagen sind zu einem hohen Maß fehlende Ressourcen im Umgang mit Behörden und besondere soziale Schwierigkeiten.

Problemlage (Mehrfachnennung möglich)	Gesamt (Zahl)	Gesamt (Prozent)
Psychische Erkrankung	26	12%
Suchterkrankung	25	11%
Besondere soziale Schwierigkeiten	57	26%
Physische Erkrankung	23	10%
Arbeitsverlust	1	0%
Sprachbarriere	9	4%
Fehlende Ressourcen im Umgang mit Behörden	71	32%
Überschuldung	5	2%
Prekäre Wohnverhältnisse	2	1%
Unbekannt	9	4%

Insgesamt sind vorangegangene Arbeitsverluste, Überschuldungen und prekäre Wohnverhältnisse nachrangige Problemlagen und maximal ein Symptom der zugrundeliegenden Problemlagen.

### Vorangegangene Lebenssituation

In nur 17% der Fälle ging der Unterbringung direkt ein Wohnungsverlust voraus. Zu beobachten, jedoch nicht belegbar ist, dass Klient:innen sich nach Verlust der eigenen Wohnung, Haftentlassung, Beendigung einer stationären Unterbringung oder sonstiger Art der Unterkunft zunächst bei Freunden, Bekannten und der Familie versorgen können und erst nach Ausschöpfung der Möglichkeiten eine ordnungsrechtliche Unterbringung in Anspruch nehmen müssen. In 10% der

Fälle ist Wohnungslosigkeit vorausgegangen, 57% der Klient:innen gab an, zuvor obdachlos ohne jegliche Unterkunft gewesen zu sein.

Vorangegangene Lebenssituation	Gesamt (Zahl)	Gesamt (Prozent)
Haft	13	6%
stat. Einrichtung	13	6%
Unmittelbarer Wohnungsverlust	37	17%
Wohnungslosigkeit	23	10%
Obdachlosigkeit	126	57%
Sonstiges	10	5%

### Staatsangehörigkeit

Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit sind im Vergleich zum Bundesdurchschnitt überrepräsentiert. Nur 60% der 2022 untergebrachten Personen hat die deutsche Staatsangehörigkeit oder u.a. die deutsche Staatsangehörigkeit.

Region	Gesamt (Zahl)	Gesamt (Prozent)
Deutschland	133	60%
ausländische EU-Bürger:innen	44	20%
Europa (nicht EU)	13	6%
Osteuropa (EU und Nicht-EU)	45	20%
„naher Osten“	11	5%
Nordafrika	15	7%
Staatenlos oder ungeklärt	3	1%

Wichtig mit Blick auf die einzuplanende Bedarfe der Klient:innen sind die nahezu vollständig aus Osteuropa stammenden EU-Bürger:innen (20%), die in seltenen Fällen einen Leistungsanspruch und damit verbunden eine Krankenversicherung haben.

Folgend sind die einzelnen Staatsangehörigkeiten aufgeführt.

Land	Gesamt (Zahl)	Gesamt (Prozent)
Deutschland	133	60%
Bulgarien	2	1%
Frankreich	1	0,5%
Kroatien	1	0,5%
Griechenland	2	1%
Italien	2	1%
Lettland	1	0,5%
Polen	31	14%
Portugal	1	0,5%

Rumänien	1	0,5%
Türkei	5	2%
Tschechien	1	0,5%
Ungarn	1	0,5%
Ukraine	1	0,5%
Serbien	7	3%
Eritrea	1	0,5%
Äthiopien	2	1%
Nigeria	1	0,5%
Ghana	1	0,5%
Marokko	13	6%
Guinea	2	1%
Tunesien	2	1%
Indien	1	0,5%
Irak	3	1%
Syrien	3	1%
ungeklärt	3	1%

Gez. Schega